

Perspektiven der wehrtechnischen Industrie

Märkte für Verteidigungsgüter in Bewegung



CHRISTIAN SCHMIDT, MdB

„Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen“ – dieses Zitat des griechischen Philosophen und Naturforschers Aristoteles umschreibt treffend die Herausforderungen, mit denen die wehrtechnische Industrie in Deutschland auf ein sich veränderndes Umfeld reagieren muss.

GEWANDELTE SICHERHEITSLAGE

Eine Betrachtung der Entwicklungen in der wehrtechnischen Industrie in Deutschland erfordert zugleich die Auseinandersetzung mit einem gewandelten internationalen Sicherheitsumfeld. Der Einsatz der Bundeswehr lässt sich heute nicht mehr auf die klassische Landes- und Bündnisverteidigung eingrenzen. Wahrscheinlicher sind vielmehr Einsätze im Bereich der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung. Heute bedeutet die Gewährleistung der nationalen Sicherheit, Auswirkungen von Krisen und Konflikten möglichst auf Distanz zu halten und ihnen aktiv vorzubeugen. Die größten Herausforderungen entstehen heute aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen

Regimes sowie kriminellen Netzwerken und Piraterie. Risiken und Bedrohungen erwachsen aber auch aus Klima- und Umweltkatastrophen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen. Auch Epidemien, mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen sowie die wachsende globale Vernetzung durch Informationstechnologie stellen Risiken dar.

VERÄNDERUNGEN IN DER WEHRTECHNISCHEN INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND

Die wehrtechnische Industrie in Deutschland ist ein strategischer Faktor, nicht nur wegen ihres sicherheitspolitischen Beitrags, sondern auch wegen ihrer Bedeutung für die technologische Weiterentwicklung in anderen Branchen, der Beschäftigung, Wertschöpfung und der regionalen Strukturentwicklung. Zu Beginn der 90er Jahre hat dieser Industriezweig einen umfassenden Veränderungsprozess durchlaufen, der zu erheblichen Kapazitätsanpassungen – 1990 hatte die Branche noch 280.000 Beschäftigte, aktuell liegt sie bei ca. 80.000¹ – und zu einer umgreifenden Konsolidierung der nationalen wehrtechnischen Basis führte. Aus diesem nationalen Veränderungs- und Restrukturierungsprozess ist eine Industriebasis hervorgegangen, die im internationalen Vergleich dem technologischen High-End Bereich zuzurechnen ist. Eine strukturell exzellente Mischung von weltweit agierenden Systemfirmen sowie hochflexiblen und innovativen Anbietern aus dem Bereich der mittelständischen Industrie zeichnet die inländische Unternehmenslandschaft aus.

WEHRTECHNISCHE INDUSTRIE IN BAYERN

Der Freistaat Bayern nimmt in dieser Unternehmenslandschaft einen Spitzenplatz ein. Die wehrtechnische Industrie in Bayern leistet mit ihren Produkten und Dienstleistungen einen wesentlichen Beitrag zur Aus-

rüstung der Bundeswehr. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Luft- und Raumfahrt. Ca. ein Drittel der in dieser Branche Beschäftigten² ist in Bayern tätig. Aber auch in weiteren Bereichen wie beispielsweise der Heerestechnik, der Lenkwaffen, der Munition sowie der Elektronik und Telekommunikation tragen Systemhäuser und Mittelständler mit ihren forschungsintensiven Technologieentwicklungen zum hervorragenden wehrtechnischen Know-how in Bayern bei.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WEHRTECHNISCHE INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND

Wie jeder andere Industriezweig auch, ist die wehrtechnische Industrie auf Effizienzsteigerungen angewiesen. Einerseits, um ihren Kunden ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis bieten zu können und um andererseits, als privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen, Gewinn zu erwirtschaften. So wie die Bundeswehr als Antwort auf die veränderte Sicherheitslage mit ihrer Neuausrichtung einen Prozess zur nachhaltigen Veränderung von Umfang und Struktur begonnen hat, so sind auch für die wehrtechnische Industrie in Deutschland Anpassungen unvermeidbar geworden. Die Herausforderungen sind dabei vielschichtig, sie sind sowohl von nationalen als auch von europäischen Einflussfaktoren bestimmt. Die Herausforderung auf nationaler Ebene umfasst insbesondere die sich verändernde Rolle der Streitkräfte mit einhergehenden Veränderungen der Nachfrage. Dieses wird durch stagnierende Verteidigungsausgaben, vielfach verbunden mit sinkenden Stückzahlen, sowie knappen Mitteln für Forschung und Technologie noch verschärft. Auf europäischer und globaler Ebene erwachsen Herausforderungen in erster Linie aus den schwierigen Markteintrittsbedingungen in vielfach geschlossenen, überwiegend von politischen Interessen dominierten Märkten für Verteidigungsgüter und Dienstleistungen.

>> Seite 2

NATIONALE HERAUSFORDERUNGEN

Neuartige Aufgaben, oft weit jenseits der Landesgrenzen, wie sie der Schutz von Seewegen vor Piraterie am Horn von Afrika oder der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan und im Kosovo darstellen, führen zu neuen technologischen Anforderungen an die wehrtechnische Industrie. Neben der technologischen Eignung von Wehrmaterial sind die Flexibilität/Modularität des Materials, die Schnelligkeit der Konstruktion und Realisierung, die Verlässlichkeit von Verfügbarkeit und Lieferung sowie die unterstützende Betreuung des Wehrmaterials auch in den Einsatzgebieten von entscheidender Bedeutung. Gemeinsames Ziel von Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie in Deutschland muss eine künftig schnellere und effizientere Ausstattung unsere Soldatinnen und Soldaten, insbesondere unter dem Aspekt einer Armee im Einsatz, sein. Neben dem besonderen Anspruch an eine hohe Qualität des Wehrmaterials und der Leistungen sind die Einhaltung von Budget- und Zeitrestriktionen weitere wesentliche Rahmenbedingungen. Erforderlich ist hier noch mehr eigenverantwortliches Handeln der Verteidigungsindustrie in Deutschland, etwa durch bedrohungsgerechte Eigenentwicklungen.

HERAUSFORDERUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Die Entwicklung des Verteidigungshaushalts in Deutschland ist undramatisch im Vergleich zu anderen Ländern, auch in Frankreich und Großbritannien. Die stagnierenden oder abnehmenden Verteidigungsbudgets innerhalb der Europäischen Union zwingen absehbar zur stärkeren innereuropäischen Konsolidierung der Verteidigungsindustrie. Sie werden bei möglichen Umschichtungen innerhalb der Etats bestenfalls ein geringes quantitatives Wachstum des innereuropäischen Verteidigungsmarktes zulassen. Dieser Markt wird auch weiterhin von nationalen Überlegungen und vielfältigen politischen Interessen bestimmt sein. Bei niedrigen Losgrößen und redundanten Produktentwicklungen bleiben vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven absehbar ungenutzt. So wie die Sicherheitspolitik und die nationalen Fähigkeiten der Streitkräfte enger miteinander verzahnt werden müssen (Stichwort „sharing and pooling“), so muss hierauf auch die Anbieterseite reagieren. Es ist Ziel der Europäischen Union, den bisher stark national ausgerichteten europäischen Verteidigungsmarkt neu zu gestalten. Die Schaffung eines funktionierenden europäischen Rüstungsmarktes ist ein Eckpfeiler zur Ausgestaltung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hierzu müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die

Europäische Verteidigungsagentur und die Europäische Kommission gleichermaßen beitragen. Von grundlegender Bedeutung ist hier die EU-Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit als Instrument zur Öffnung der nationalen Märkte. Spürbare Konsequenz für die wehrtechnische Industrie in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird ein verschärfter Wettbewerb in einem größeren europäischen Markt sein, aber auch das Ziel eines weniger national beschränkten Zugangs auf den größeren Markt. Dabei sehe ich nicht eine Konsolidierung zum Ziel, die Wettbewerb dadurch reduziert, dass ganz wenige Systemanbieter den Markt unter sich aufteilen. Der Mittelstand kann nicht nur nachgeordnete Zulieferer stellen, sondern hat ein Innovationspotential, das auch durch Forschungs- und Entwicklungs-Mittel gehoben werden muss.

SCHLÜSSELFaktor EXPORT

Die Märkte für Verteidigungsgüter sind in Bewegung. Die Fähigkeit, sich auf Exportmärkten, in Europa und weltweit, behaupten zu können, ist für die Zukunft der wehrtechnischen Basis in Deutschland ein entscheidender Faktor. In zunehmendem Maße trägt der Export zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Hochtechnologiebereichen und wehrtechnischer Expertise bei. Erfolge auf Drittmärkten tragen wesentlich zur Sicherung der Technologieführerschaft sowie industrieller Beratungs- und Beurteilungsfähigkeit bei.

PERSPEKTIVEN DER WEHRTECHNISCHEN INDUSTRIE

Die wehrtechnische Industrie in Deutschland ist mit ihren industriellen Fähigkeiten gut aufgestellt. Mit ihren Stärken als Technologieführer in Europa und weltweit sowie dem hohen Qualifikationsniveau ihrer Beschäftigten ist sie gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gewachsen. Im nationalen Umfeld zeigen sich neue bzw. erweiterte Marktanteile durch die Konzentration der Bundeswehr auf ihre Kernaufgaben. Unterstützende Leistungen werden zukünftig, wo immer sinnvoll und im Rahmen der Auftragsbringung der Streitkräfte möglich, durch die gewerbliche Wirtschaft zu erbringen sein. Insbesondere in den Bereichen Logistik und Materialerhaltung, auch vor Ort in den Einsatzgebieten, eröffnen sich weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bundeswehr und Industrie. Durch den Wandel der Bundeswehr hin zu einer Armee im Einsatz ergeben sich neue technologische Anforderungen an wehrtechnische Produkte. Exemplarisch sei hier

nur die Verbesserung der Nachrichtengewinnung genannt. Hier besteht ein Bedarf an spezifischen Produkten und technischer Ausrüstung, wie etwa an unbemannten Luftfahrzeugen oder Raumfahrttechnologie, der sich im Wachstum befindet. Dies gilt gleichermaßen für den nationalen wie den europäischen oder weltweiten Markt. Die steigende Nachfrage aus Nicht-EU-Ländern bietet der wehrtechnischen Industrie in Deutschland die Perspektive auf Erfolge an Drittmärkten. Um der deutschen wehrtechnischen Industrie einen fairen Zugang zu diesen Märkten zu gewährleisten, setzt sich die Bundesregierung für einen freien Marktzugang und einen raschen Abbau von bestehenden Wettbewerbsverzerrungen ein. Bundesregierung und Bundeswehr werden im Rahmen verfügbarer Ressourcen unter Beachtung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern die Bemühungen deutscher Unternehmen angemessen flankieren und unterstützen. Ich halte auch aus Sicht der CSU solch eine Ausrichtung auf politisch verantwortbaren Export für richtig. Der Einzelfall wird dabei gerade im Hinblick auf die Verantwortbarkeit und politische Flankierung sorgfältiges Handeln von allen Beteiligten erfordern. Über ihre bereits hohe und weiterhin zunehmende Internationalisierung werden deutsche Systemhäuser Wettbewerbern in Europa und in anderen Teilen der Welt erfolgreich Paroli bieten können. Der Kurs liegt an, die Segel sind gesetzt – begleitet und unterstützt von einem innovativen und flexiblen deutschen Mittelstand werden deutsche Systemanbieter in den schwierigen Fahrwassern des internationalen Wettbewerbs erfolgreich bestehen.

¹ Quelle: Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

² Insgesamt 97.400 in 2011 gemäß Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

³ EU-Richtlinie 2009/81/EG, veröffentlicht am 20. August 2009 im Amtsblatt der Europäischen Union



CHRISTIAN SCHMIDT, MdB
PARLAMENARISCHER STAATSEKRETÄR
BUNDESMINISTERIUM DER
VERTEIDIGUNG

IMPRESSUM

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 13.08.2012, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

Ferienzeit. Zeit, sich mit Aufgaben zu befassen, die etwas auf die lange Bank geraten sind und einen Blick zurückzuwerfen.

Wie die umfangreiche Bildergalerie am Ende dieser Ausgabe unserer Mitgliederinformation zeigt, haben wir den Veranstaltungsreigen vor der Sommerpause mit einem kleinen „Furioso“ abgeschlossen. Höhepunkt war auch in diesem Jahr der Bayerische Wirtschaftstag, der dieses Mal in der Weltkulturerbe-Stadt Bamberg stattgefunden hat.

Das Thema – Stand und Perspektiven der Energiewende – und die hochkarätigen Referenten haben für regen Zuspruch gesorgt. 500 Teilnehmer waren angemeldet, gut 400 haben bei strahlendem Sommerwetter den Weg in den Hegelsaal der Konzert- und Kongresshalle am Regnitzufer gefunden.

Zugegeben: Wir haben dem Auditorium mit sechs Reden und einer Podiumsdiskussion innerhalb von rund drei Stunden alles abverlangt. Aus meiner Sicht hat es sich freilich gelohnt. „Vieles bei der Energiewende ist klarer geworden. Klar geworden ist auch, was alles noch nicht klar ist“, konnte Präsident Dr. Wiesheu am Ende des Redenmarathons Bilanz ziehen. An die Stelle von „Bekanntnissen“ treten mehr und mehr „Erkenntnisse“, um einen der Redner sinngemäß zu zitieren.

An der Energiewende hat in Bamberg niemand mehr gerüttelt. Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 und der Einstieg in die Erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung gelten als unumkehrbar.

Thematisiert worden sind in allen Redebeiträgen aber auch die Auswirkungen der Energiewende auf die Strompreise und auf die Sicherheit und Qualität der Stromversorgung. Die Sorgen, dass der Industriestandort Deutschland bzw. Bayern darunter leiden könnten, waren spürbar. Dass dies wiederum gravierende Konsequenzen für Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand haben würde, liegt auf der Hand. Für mich persönlich neu: Als Standortkonkurrent rückt dabei Nordamerika zunehmend in

den Vordergrund, wo der Gaspreis wegen der Ausbeutung unkonventioneller Felder stark gefallen ist. Reindustrialisierung dort und Deindustrialisierung bei uns – dazu darf es nicht kommen!

Der Politik ist deshalb zu empfehlen, Zwischenbilanz zu ziehen, zu analysieren, wo die Energiewende aus dem Ruder zu laufen droht, wo die Defizite liegen und als Konsequenz daraus, wo nötig umzusteuern. Die Stromversorgung muss auch in Zukunft stabil und sicher, im internationalen Vergleich bezahlbar und klimafreundlich erfolgen. Gemessen daran, haben wir binnen Jahresfrist überall an Boden verloren. Ohne die Grundziele aus den Augen zu verlieren, sind deshalb Kurskorrekturen unumgänglich. Die Empfehlungen des Wirtschaftsbeirats dazu finden Sie in der „Bamberger Erklärung“ unseres Energieausschusses, die nachstehend abgedruckt ist.

Neben den beiden Megaherausforderungen „Energiewende“ und „Schuldenkrise“ gibt es andere Themen, die den Standort Bayern und seine Wirtschaft berühren. Eines davon ist die Bundeswehrreform. Wir haben deshalb Staatssekretär Christian Schmidt um einen Sachstandsbericht gebeten. Weitere werden wir im Herbstprogramm aufgreifen. Ich darf Sie dazu schon an dieser Stelle sehr herzlich einladen. Heute wünsche ich Ihnen aber erst einmal erholsame Restferien und danach einen erfolgreichen Arbeitsbeginn.

Herzlichst

Ihr
Jürgen Hofmann

Kaufmännische Unternehmens- & Projektbegleitung



Sie brauchen keine Berater. Wie wäre es mit einem vertrauensvollen Begleiter?

(oder einfach: Sie sind unser neues Partner)

Unternehmensaudit • Planung & Budgetierung • Risikoprüfung • Projektbegleitung • Finanzierung • Unternehmensentwicklung

ARENZEN & PARTNER
Unternehmensberatung

Hof 7 • 91034 München • www.arentzen-partner.de • Telefon: +49 89 2911 50

Bayerischer Wirtschaftstag 2012 in Bamberg

„Großbaustelle“ Energiewende



Redner beim Bayerischen Wirtschaftstag. V.l.n.r.: Dr. Peter-Alexander Wacker, Dr. Johannes Teysen, Melanie Huml, Dr. Otto Wiesheu, Prof. Dr. Gerd Ganteför, Dr. Helmuth Jungbauer

Seit nunmehr gut einem Jahr ist die Energiewende, ausgelöst durch das Reaktorunglück in Fukushima, im Gange. An den gefassten Beschlüssen ist nicht mehr zu rütteln. Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 ist besiegelt, das Zeitalter der erneuerbaren Energien, also der Energiegewinnung aus Biomasse, Wind, Sonne und Wasserkraft, unumkehrbar eingeläutet.

Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Der Wirtschaftsbeirat befasste sich deswegen beim „Bayerischen Wirtschaftstag 2012“ am 24. Juli, moderiert von Präsident Dr. Otto Wiesheu, ausgiebig mit dem Thema.



„Strom muss auch 2022 noch an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt verlässlich fließen, bezahlbar sein und klimafreundlich produziert werden“, Dr. Otto Wiesheu

Rund 400 Teilnehmer hatten sich in der gut gefüllten Konzert- und Kongresshalle in Bamberg eingefunden. Mit Dr. Johannes Teysen, Vorstandsvorsitzender der E.ON AG, Dr. Peter-Alexander Wacker, Aufsichtsratsvorsitzender der Wacker Chemie AG, Umweltstaatssekretärin Melanie Huml in Vertretung des erkrankten Ministers Dr. Marcel Huber und Prof. Dr. Gerd Ganteför beleuchteten vier hochkarätige Referenten den Stand und die Perspektiven des Umbaus der Energieversorgung in Deutschland

aus der Sicht von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.



„Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein kleiner Schritt verglichen mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien“, Prof. Dr. Gerd Ganteför

Alle Redner waren sich einig: Die Energiewende ist nicht irgendein Randthema. Sehr viel steht bei diesem „Großexperiment“ auf dem Spiel. Deutschland läuft Gefahr, bei falschen Weichenstellungen in einen Prozess der Deindustrialisierung hineinzulaufen und damit an Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand zu verlieren. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind deshalb dazu verdammt, die Wende in einem gemeinschaftlichen Kraftakt erfolgreich zu gestalten und zu organisieren, wie Staatssekretärin Huml betonte.



„Wir in Bayern arbeiten hart daran, dass die Energiewende gelingt“, Melanie Huml

Strom muss auch in Zukunft stabil und verlässlich an jedem Ort und zu jeder Zeit flie-

ßen, für Wirtschaft und Verbraucher bezahlbar bleiben und klimafreundlich produziert werden. Das ist der Maßstab. Bezahlbarkeit für die Industrie ergibt sich dabei nicht einfach aus dem Vergleich der Energiepreise in Deutschland von gestern, heute und morgen, sondern im internationalen Vergleich. Nordamerika setzt in diesem Zusammenhang auf der Basis fallender Gaspreise, die aus der Erschließung sog. „unkonventioneller“ Gasvorkommen resultieren, mehr und mehr die „Benchmark“. Erste Verlagerungen energieintensiver Investitionen dorthin sind deshalb zu beobachten. Die Gefahr von Laufmascheneffekten in der Wertschöpfungskette, beginnend bei der Grundstoffchemie und der Metallurgie, sind ernst zu nehmen. Sie dürfen nicht eintreten.



„Wir müssen in die Erneuerbaren in einer Art und Weise investieren, die wir uns leisten können und die uns wettbewerbsfähig erhält“, Dr. Johannes Teysen

Vor allem den Unternehmensvertretern bereitet deshalb der gegenwärtige Umsetzungsstand bei der Energiewende trotz aller Anstrengungen, die etwa von der bayerischen Landesregierung binnen Jahresfrist auf der Grundlage des Konzepts „Energie innovativ“ bereits unternommen worden sind, erhebliche Sorgen. Bei allen drei genannten Kriterien sind Verschlechterungen seit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu verzeichnen:

- Die Stromproduktion ist trotz des beachtlichen Aufwuchses bei den Erneuerbaren insgesamt „schmutziger“ geworden. Grund: der vermehrte Einsatz von Braunkohle.
- Die Strompreise steigen. Wacker, größter Stromverbraucher in Bayern, bezahlt an seinen deutschen Standorten 56,00 Euro pro MW/h, in Tennessee 35,00 Euro.
- Die Versorgungssicherheit hat abgenommen. Zu einem flächendeckenden „Blackout“, bei dem ganz Bayern im Dunkeln sitzt, wird es nicht kommen. Eher werden einzelne Betriebe vom Netz genommen oder Stadtteile in den Ballungszentren vorübergehend abgeschaltet. Aber die Netzsituation war bereits im letzten Winter außerordentlich angespannt.

>> Seite 5



„Energie ist und bleibt der zentrale Nervenstrang unserer Industrie“, Dr. Peter-Alexander Wacker

Aus Bekenntnissen zur Energiewende müssen deshalb auf der Basis nüchterner qualitativer und quantitativer Erkenntnisse rasch die notwendigen „Taten“ werden. Alle Redner sprachen sich klar für die Erneuerbaren Energien aus. Die Stromversorgung werde in Zukunft „kundengetrieben“ sehr viel individueller und dezentraler organisiert sein. Aber der Ausbau müsse kostengünstiger erfolgen, so kostengünstig, dass auch die Industrie am Ende damit ohne Ausnahme-regelung leben könne.

Dringender Handlungsbedarf besteht daneben – auch hierin bestand Einvernehmen – bei der Errichtung neuer Schattenkraftwerke und von zusätzlichen Speicherkapazitäten, um die Volatilität der zunehmenden Wind- und Sonnenstromproduktion auszugleichen. Um welche Dimensionen es dabei im Speicherbereich geht, rechnete Gante-för vor: Um in sonnenarmen Wintern eine 14-tägige Windflaute auszugleichen, sei das 400-fache der heutigen Pumpspeicher-

kraftwerkskapazität notwendig. Utopisch. Lösungen seien deshalb längerfristig nur auf chemischer Basis denkbar – Umwandlung von Strom in Gas und bei Bedarf später Rückwandlung von Gas in Strom, bei großen Umwandlungsverlusten. Forschung und Entwicklung stecken hier freilich noch in den Kinderschuhen.

Hinzutreten muss der Ausbau der Netze auf allen Verteilebenen. Für Bayern ist vor allem der Ausbau der Thüringer Strombrücke bis 2015 von größter Bedeutung, wenn das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht. Die Lücke muss dann verstärkt durch Windstromlieferungen aus dem Norden geschlossen werden. Nicht nur in diesem Punkt mahnte Staatssekretärin Huml zurecht beim primär zuständigen Bund mehr Tempo an.



Zahlreiche Gäste in Bamberg

Bei alledem – so die Unternehmensvertreter Teyssen und Wacker – führe der Weg des wachsenden staatlichen Dirigismus und der zunehmenden Subventionitis in die Irre. Sie plädierten für nur so viel Staat wie nötig und für so viel Markt und Technologiefreiheit

wie möglich. Um die Chancen der Energiewende zu nutzen, müsse vor allem der innovative deutsche Mittelstand seine Stärken voll ausspielen können. Das Denken in isolierten Teilsystemen und Regionen solle zugunsten eines stringenten ganzheitlichen Ansatzes auf europäischer Ebene überwunden werden. Politik und Gesellschaft seien zudem gut beraten, keinen Kampf gegen die Naturgesetze führen zu wollen, der zwangsläufig verloren gehen müsse.

Mit der Feststellung „das Thema wird uns weiter beschäftigen, ob uns das passt oder nicht“, zog Präsident Wiesheu einen Schlusstrich unter Vorträge und Diskussion. Die kritisch-konstruktive Begleitung der Energiewende bleibt in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung des Wirtschaftsbeirats!

ANDREAS MACIEJEWSKI

ANZEIGEN
BRINGEN
KONTAKTE!

Mediadaten unter:

<http://db.tt/QmobHvPD>

„Bamberger Erklärung“ des Wirtschaftsbeirats Bayern zur Energiewende

Vor gut einem Jahr hat Deutschland nach dem Reaktorunglück von Fukushima mit breiter politischer Mehrheit die Energiewende beschlossen. Der Ausstieg aus der Kernenergie und der rasche Umstieg auf Erneuerbare Energien sind nach diesem Beschluss unumkehrbar. Um den Erfolg der Energiewende sicherzustellen, hält der Wirtschaftsbeirat Bayern jedoch – nicht zuletzt als Ergebnis der Diskussionen auf dem Bayerischen Wirtschaftstag in Bamberg – folgende Änderungen und Verbesserungen für notwendig:

1. Die gesamte Energiewende ist geprägt von staatlichen Planungen, Subventionen und Interventionen. Den Marktkräften und der freien Technologiewahl muss bei allen Themen mehr Raum gegeben werden. Vorrangige Aufgabe des Staates ist es, einen zukunftsfähigen Rahmen zu setzen und

sich auch darauf zu beschränken. Neben den großen Energieerzeugern soll auch die mittelständische Wirtschaft ihre Innovationskraft zugunsten neuer, kostensenkender Lösungen voll entfalten können.

2. Die Bezahlbarkeit des Stroms ist zunehmend gefährdet – sowohl für Industrie und Gewerbe als auch für private Verbraucher. Die Subventionslawine muss gestoppt werden, vorrangig durch grundlegende Änderungen bei der Förderung von Wind und Sonne hin zu einem Quotenmodell. Die im globalen Wettbewerb stehenden Unternehmen sind auf international wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. Eine schleichende Deindustrialisierung kann sich unser Land nicht leisten. Aufgrund der stark gefallenen Gaspreise in Nordamerika erwächst den energieintensiven deutschen und bayerischen Betrieben dort neue starke Konkurrenz.

3. Abnehmende Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität bedrohen den Wirtschaftsstandort Deutschland/ Bayern zusätzlich. Auch diesem Aspekt muss höhere Bedeutung geschenkt werden. Die industriellen Wertschöpfungsketten müssen intakt bleiben. Davon hängen Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand auch künftig entscheidend ab.

4. Die zentralen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen sieht der Wirtschaftsbeirat über die bereits eingeleiteten Maßnahmen hinaus:

- bei der Entwicklung und Verabschiedung geeigneter marktwirtschaftlicher Instrumente, die zum Bau und zum Erhalt der erforderlichen konventionellen (Schatten)Kraftwerke anreizen

>> Seite 6

- beim raschen Bau der erforderlichen Höchstspannungsleitungen – für Bayern ist dabei die rechtzeitige Fertigstellung der „Thüringer Strombrücke“ vor dem Abschalten des KKW Grafenrheinfeld 2015 von größter Bedeutung

- bei der Erforschung, Entwicklung und dem Bau von Großspeichern auf chemischer Basis („power to gas“), wobei es schwer möglich sein wird, praktisch umsetzbare Forschungsergebnisse in den notwendigen großen Dimensionen innerhalb eines Jahrzehnts zu garantieren.

5. Der Ausbau der Regenerativen und der Netze muss im Gleichklang erfolgen – sowohl im örtlichen als auch im überörtlichen Bereich.

6. Die Koordinierung der anstehenden Aufgaben zwischen den verschiedenen Ressorts auf Bundes- und Landesebene sowie zwischen den Bundesländern und dem Bund ist Voraussetzung für den Erfolg der

Energiewende. Erforderlich ist eine permanente und übergreifende Erfolgskontrolle des Fortschritts bei den nötigen Maßnahmen. Wenn schon kein Energieministerium geschaffen wird, muss eine eindeutige Federführung festgelegt werden.

7. Die Energiewende ist in den europäischen Binnenmarkt einzubetten. Nationale oder gar landesspezifische und angebliche Autarkiebestrebungen von Kommunen gehen an der Versorgungswirklichkeit und den technischen Realitäten und Erfordernissen vorbei. Sie sind zum Scheitern verurteilt.

8. An die Stelle der Optimierung von Teilsystemen muss ein ganzheitlicher Ansatz treten. Der Wirtschaftsbeirat rät in diesem Zusammenhang dazu, das europäische Emissionshandelssystem zu reformieren und das EEG darauf abzustimmen.

9. Politische und gesellschaftliche Visionen zur künftigen Energieversorgung Deutschlands und Bayerns müssen mit den Natur-

und Marktgesetzen in Einklang stehen. Die energiepolitische Diskussion leidet vielfach darunter, dass die technischen und quantitativen Herausforderungen stark unterschätzt werden.

10. Die Umsetzung der Energiewende ist nur mit Wirtschaft und Bürgern gemeinsam möglich. Diese Jahrhundertaufgabe kann allein durch eine konzentrierte Kraftanstrengung aller Akteure erfolgreich gemeistert werden. Gefordert sind gleichermaßen Energiewirtschaft, Industrie, Staat und Kommunen sowie Kammern, Verbände, Gewerkschaften und Kirchen. Die Verantwortung für das Setzen der Rahmenbedingungen und die Koordinierung der Maßnahmen (Gewährleistungsverpflichtung) liegt beim Bund.

München, im August 2012

DR. OTTO WIESHEU **ARMIN GEISS**

Präsident

Vorsitzender

Energieausschuss

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

14./15. Juni – Ausschuss Mittelstandspolitik



22. Bayerisch-Sächsische Unternehmertage in Schloss Lichtenwalde bei Chemnitz. Rund 40 Teilnehmer aus Sachsen und Bayern tauschten sich mit Wissenschaftlern, Unternehmern und Wirtschaftspolitikern zum Thema „Innovationspolitik für den Mittelstand“ aus. *V.l.n.r.: Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission Markus Blume, MdL, Geschäftsführer der Textil Gruppe Hof Thomas Goller, Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen Simone Hartmann, Vorsitzender des Mittelstandsausschusses Dr. Thorsten Sponholz, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag Frank Heidan, MdL*

20. Juni – Arbeitskreis Kirchen

Eine gemeinsame Veranstaltung des Arbeitskreises „Wirtschaft und Kirchen“ und der Eugen-Biser-Stiftung widmete sich dem Thema: „Auch unter Wettbewerbsbedingungen des Marktes: Glücksmöglichkeiten des Menschen heute“. Es referierten der



Vorsitzende Professor Martin Balle (li.), Herausgeber Straubinger Tagblatt und Landshuter Zeitung, und Professor Dr. Dr. Johannes Wallacher (mi.), Präsident der Hochschule für Philosophie der Jesuiten.

28. Juni – Bezirk Passau



Der grenzüberschreitende Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke des Wirtschaftsbeirates Bayern fand in diesem Jahr im glanzvollen Rathaussaal der Stadt Passau statt. Nach einer wirtschafts- und finanzpolitischen Grundsatzrede des Präsidenten Dr. Otto Wiesheu (3.v.li.) widmete sich Kabarettist Manfred Kempinger (mi.) auf launige Weise dem Motto „Österreich und Bayern – Hand in Hand in der Mitte Europas“.

2. Juli – Ausschuss Europapolitik



Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Ausschüsse für Europapolitik und Wirtschaftspolitik begrüßten Dr. Ingo Friedrich (re.) und Dr. Thomas Bühler (li.) Bundesfinanzminister a.D. Dr. Theo Waigel (2.v.li.). Er diskutierte mit den Teilnehmern über die Bedeutung der europäischen Währung für Bayern und Deutschland.

3. Juli – Ausschuss Verkehrspolitik



Im Auditorium des MAN Truck Forums informierte Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Sprecher des Vorstandes MAN SE und MAN Truck & Bus AG, die Teilnehmer des Ausschusses Verkehrspolitik über die zukünftige Entwicklung des weltweiten Gütertransports und ihre Auswirkungen auf die Mobilitätskonzepte. *V.l.n.r.: Ausschusststellvertreter Stefan Klatt, Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Ausschussvorsitzender Hans Wormser >> Seite 7*

10. Juli – Junge Unternehmer



Der zweite Afterworkstammtisch fand wieder unter der Leitung von Dr. Marc Tenbücken im „Steirerladen“ der Schrannehalle statt. In geselliger Runde diskutierten die Teilnehmer mit Dr. Manfred Stefener, Gründer und Geschäftsführender Gesellschafter der elcomax und Elcore GmbH, über das Thema „Vom Erfinder zum Unternehmer: Erfolg made in Bavaria“.

12. Juli – Ausschuss Medien



Der Einladung von Dr. Peter Thelen (re.), Vorsitzender des Medienausschusses, folgte Professor Dieter Kempf (mi.), Präsident des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM). Er sprach über die „Medienlandschaft im Umbruch – Chancen und Risiken“.

13. Juli – Ausschuss Tourismus



Zu der Veranstaltung des Tourismusausschusses im Sonnenalp Resort im Allgäu konnte der Vorsitzende Robert Salzl mehr als 90 Teilnehmer begrüßen. Thematisch ging es um den Fachkräftemangel im Tourismus. Dazu referierten unter der Leitung von Dirk Schoppmann (re.), Geschäftsführer der Top Hotels Allgäu, Bgm. Klaus Höltschek, die Geschäftsführer der Allgäu GmbH Bernhard Joachim (li.) und Klaus Fischer (2.v.li.) sowie der Gastgeber Michael Fäßler (2.v.re.).

16. Juli – Ausschuss Umweltpolitik



Für einen Vortrag über die gesundheitlichen Aspekte von Nanomaterialien hatte der Vorsitzende Dr. Willi Kleine (li.) den Leiter des Sachgebiets Chemiekaliensicherheit und Toxikologie vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Prof. Dr. med. Hermann Fromme (2.v.li.), gewonnen.

17. Juli – Bezirk Inn/Salzach



Im Gästecaseo der Wacker Chemie AG trafen sich die Mitglieder des Bezirks Inn/Salzach, um sich von Johann Strobel, Vorstand Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG, über „Konzepte der Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG für die Salzach-Sanie rung mit Mehrwert“ informieren zu lassen. *V.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Ausschussvorsitzender Dr. Willi Kleine, Johann Strobel, Ausschussstellvertreter Dr. Dieter Gilles*

18. Juli – Ausschuss Dienstleistungen



Rund 70 Teilnehmer konnte die Vorsitzende Ingeborg Balogh (2.v.li.) bei der ersten Veranstaltung des neu gegründeten Dienstleistungsausschusses zum Thema „Altersvorsorge für Freie Berufe“ begrüßen. Professor Dr. Thomas Dommermuth (re.) von der Hochschule Amberg-Weiden, Dr. Fritz Kempter (2.v.re.), Präsident des Verbandes Freier Berufe und Ministerialdirektor Friedrich Seitz (li.), Amtschef des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, referierten

und diskutierten über Versorgungslücken, berufsständische Versorgung versus gesetzliche Rente, Alternativen und steuerliche Perspektiven.

26. Juli – Ausschuss Finanzmärkte



Unter der Leitung von Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler sprach die neue BaFin-Präsidentin Dr. Elke König vor großem Auditorium im Festsaal des Bayerischen Hofes über aktuelle Fragen der Regulierung von Banken und Versicherungen, die Umsetzung von Basel III und Solvency II.

27. Juli – Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein



Zu einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirates Bayern gemeinsam mit der Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG hatten Dr. Michael Elsen (3.v.re.), Vorsitzender des Bezirks Berchtesgadener Land/ Traunstein, und Josef Frauenlob (2.v.li.), Vorstandssprecher der Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG, nach Bad Reichenhall eingeladen. Präsident Dr. Otto Wiesheu (3.v.li.) hielt einen Vortrag zum Thema „Schuldenkrise und kein Ende – Kurs halten in herausfordernder Zeit“.

Anzeigen im
KOMPASS
bringen Kontakte!

**Fordern Sie die formlos
Mediadaten an:** per Mail:
verlag@weltbuch.com
oder geben Sie den Link:
<http://db.tt/QmobHvPD>
in Ihren Internetbrowser
ein und laden Sie sich die
PDF selbst herunter!

Terminvorschau

13. September, Pilsen

Bezirk Regensburg und Weiden Nord-
oberpfalz: Delegationsreise

13. September, München

Junge Unternehmer: „Die Jahrhundert-
champions“

16. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitischer
Frühschoppen mit Markus Blume, MdL,
Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskom-
mission

18. September, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. h.c.
Reinhold Krämmel, Honorarkonsul von
Kasachstan für Bayern und Thüringen; S.E.
Dr. Nurlan Onzhanov, Botschafter der Re-
publik Kasachstan in der Bundesrepublik
Deutschland; Nikolaus Knauf, Honorarkon-
sul der Russischen Föderation, Gesellschaf-
ter der Knauf Gruppe: „Kasachstan – Hoff-
nungsträger für seltene Rohstoffe“

27. September, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik
sowie Junge Unternehmer: Willi Balz, Vor-
standsvorsitzender Windreich AG; Peter
Niewöhner, Leiter Vertrieb FC Windenergy
GmbH, „Offshore Windenergie: Herausfor-
derungen, Chancen und Möglichkeiten“

28. September, Augsburg

Bezirke Augsburg und München in Zusam-
menarbeit mit der IHK für Augsburg und
Schwaben: Ellen Kray, Beraterin des EU-
Koordinators Prof. Balázs (PP17 Paris–
Bratislava) EU-Kommission, GD MOVE;
Markus Ferber, MdEP; Bernd Posselt,
MdEP; u.a. „Nur noch eine ‚halbe‘ Magis-
trale? – Die neuen EU-Pläne für die Bahn-
achse Paris–Wien–Budapest und ihre Fol-
gen für die Region“

4. Oktober, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Politisches Kamingespräch
mit Mitgliedern aus Land- und Bundestag

5. + 6. Oktober, St. Englmar

Arbeitskreis Kirchen: Klosterwochenende
mit Prof. Dr. Dr. Erwin Möde, Philosoph,
Psychotherapeut, Priester, Universität
Eichstätt „Sagst Du das aus Dir selbst?!“

7. Oktober, München

Junge Unternehmer: Wiesn-Abend

11.-14. Oktober, Budweis & Prachatitz

Bezirk Passau: Passauer-Herbst-Reise
„Das sind böhmische Dörfer für mich –
Unbekanntes Südböhmen“

12. Oktober, München

Junge Unternehmer: „Adelholzener Was-
serwelten“

15. Oktober, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Otto Wiesheu,
Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern
„Schuldenkrise und kein Ende – Kurs hal-
ten in herausfordernder Zeit“

16. Oktober, München

Ausschuss für Tourismus: „Social Media“

17. Oktober, München

Bezirk München: Arbeitsgruppe Gründen.
Führen.Nachfolgen

23. Oktober, Münnerstadt

Bezirk Rhön/Saale: Dr. Otto Wiesheu,
Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

24. Oktober, München

Ausschuss für Umweltpolitik

24. Oktober, München

Ausschuss für Dienstleistungen

30. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik: Alexander
Dobrindt, MdB, Generalsekretär der CSU

15. November, München

Generalversammlung

19. November, München

Ausschuss für Umweltpolitik

20. November, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik

7. Dezember, Nürnberg

Ausschuss für Tourismus: Nürnberger
Christkindlmarkt

10. Dezember, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück
mit Abgeordneten

12. Dezember, München

Junge Unternehmer: Weihnachtsabend

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Forschungswerk GmbH, Nürnberg, Iris Schuster
- Dr. Dirk Matthey, Aschau
- RSB Geld- und Wertpapierhandels GmbH, München, Richard Schlund
- Dr. Mares Askaryar, Kanzlei Dr. Askaryar, München
- Peter Hubert, Tegernsee
- Andreas Bartels, München
- Dr. Ing. h.c. Volker Jung, Grünwald
- Dipl.-Ing. Alfons Merz, München
- Bauer Elektrounternehmen GmbH & Co. KG, Buchbach, Franz Bauer
- Dr. Sonja Cäcilia Maria Fechtner, LL.M., Rechtsanwältin, München
- metroconsult, München, Dr. Jürgen Rauch
- Schätzl processing excellence, Donauwörth, Ulrich Schätzl
- Staller GmbH, Traunstein, Martin Staller

Johann Gg. Zölls

- **Snackautomaten**
- **Fotoautomaten**
- **Getränkeautomaten**
- **Kaffeemaschinen**



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390
www.zoells.de



Das derzeit prägnanteste Werk zu den fundamentalen Entwick- lungen in der globalen Ökonomie im 21. Jahrhundert.

Paperback gebunden, 21,5 x 13 cm, 232 Seiten,
ISBN: 978-3-938706-38-1, Preis: 17,90 €



Dr. Roberts war 1981 Minister und
Berater unter US-Präsident Ronald
Reagan und wird als »Father of
Reaganomics« bezeichnet. Er ist
Mitherausgeber und Kolumnist des
Wall Street Journal und Kolumnist
bei Business Week, Scripps
Howard News Service und Creators
Syndicate gewesen. Dr. Roberts
ist Vorsitzender des renommierten
»Institute for Political Economy«.

Leseprobe, Inhalt,
Infos und Shop finden
Sie Online unter:
www.weltbuch.com